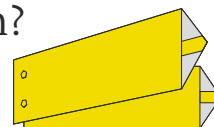


[Politik und Ethik]

Krieg oder Frieden – eine Frage der Moral?

Die Welt ist deutlich friedlicher geworden – auch wenn uns täglich erschütternde Meldungen aus verschiedenen Kriegsschauplätzen erreichen und die öffentliche Empörung darüber noch nie so laut war. Die Zahl der Kriege hat in den letzten 20 Jahren abgenommen. Ist Politik moralischer geworden?

HANS VOGEL



Nach einem Höhepunkt im Jahr 1992, als die Konflikte um das Erbe der Sowjetunion und Jugoslawiens tobten, hat sich bis heute die Zahl der Kriege inner- und zwischenstaatlicher Art fast halbiert. Daraus zu schliessen, dass die Menschen, ihre Regierungen und die Welt insgesamt moralischer – also uneigennütziger und solidarischer – geworden wären, ist allerdings voreilig. Was sind dann die Gründe dafür?

Politologen sind sich weitgehend darin einig, dass sich die internationale Politik in einem anarchischen System abspielt. Anders als Individuen und Gruppen in einem Rechtsstaat können Regierungen in der Staatenwelt nicht auf ein übergeordnetes Rechtssystem zählen, das verbindliche Normen setzt, die Einhaltung kontrolliert und Fehlverhalten sanktioniert – den bescheidenen Anfängen internationaler Rechtsprechung im Rahmen des Völkerrechts zum Trotz. Deshalb setzen die meisten Staaten in ihrem Bedürfnis nach Sicherheit auf Selbsthilfe. Im Gegensatz zu (den meisten) Individuen und Gruppierungen in einem Rechtsstaat bewaffnen sie sich und üben ihre

Verteidigung entsprechend dem Spruch: «Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.»

Dennoch kooperieren Staaten, schliessen Verträge ab und treten Internationalen Organisationen bei. Über die Motivation dieser Zusammenarbeit, ihre Nachhaltigkeit und vor allem ihre künftige Entwicklung im Widerstreit mit den selbstbezogenen staatlichen Reflexen der Abwehr und Selbstbestimmung gehen die Meinungen der Poliologen weit auseinander. Grob vereinfacht spielt sich der Diskurs darüber unter drei verschiedenen Theorieschulen ab.

«Realismus» – Primat des nationalen Interesses

Die «Realisten» berufen sich auf das Prinzip der Realpolitik. In ihrer Auffassung der Staatenwelt gibt es keine Anzeichen idealistischer Motivation. Das nationale Interesse ist das Mass aller Dinge: Das internationale System wird als Anarchie gnadenlos um Macht konkurrierender Staaten wahrgenommen. Folglich dreht sich das nationale Interesse einzig um Sicherheit und Macht. Kooperation ist eine flüchtige Erscheinung und erfolgt nur, wenn es dem

Land einen Gewinn bringt, der relativ gesehen grösser ist als der Gewinn der Kooperationspartner.

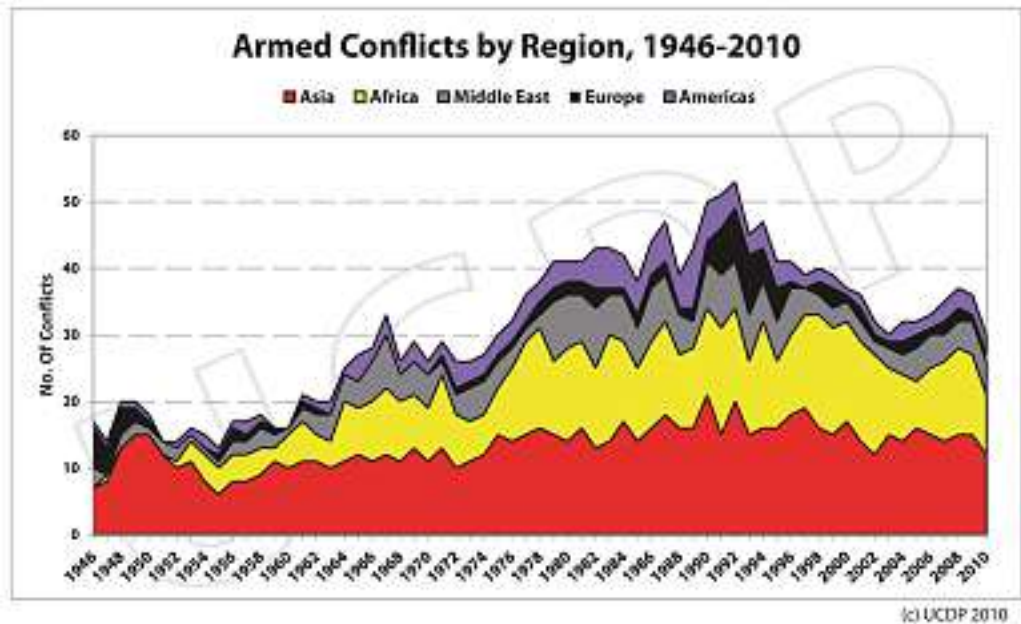
Realisten halten es zwar mit Clausewitz und sehen Kriege als blosse Fortsetzungen der Politik, doch befürworten sie Kriege nur, wenn sie dem nationalen Interesse dienen. So haben manche Realisten die Beteiligung der USA an den Kriegen im Irak und im Balkan scharf abgelehnt, weil diese einer diffus humanitären Idee entsprungen seien und nicht mit Blick auf die Interessen der USA. Auch Realisten ziehen ein stabiles internationales System einem anarchischen Chaos vor. Dahin führe aber nur die Konkurrenz von Supermächten, die sich in einem subtilen Machtgleichgewicht gegenseitig und den Rest der Welt in Schach halten. Moralisch sei es, dass sich Regierungen für die Interessen ihrer Länder und ihrer Bürger einsetzen und in diesem Rahmen auf eine Stabilisierung der internationalen Politik hinarbeiten. Der Realismus bietet wenig, um die Abnahme bewaffneter Konflikte nach dem Kalten Krieg zu erklären. Ihre Exponenten scheinen das Thema eher zu meiden. Ein hartgesottener Realist prophezeite nach

dem Ende der Sowjetunion düster, dass man den Kalten Krieg bald vermissen würde, dass also die Zeit der Stabilität vorbei sei. Die Konflikte im Nahen Osten – insbesondere jener zwischen Israel und dem Iran – bestätigen die Weltsicht des Realismus.

«Institutionalismus» – Primat der problematischen Interdependenz

Einig sind sich die «Institutionalisten» und die Realisten insofern, als auch sie davon ausgehen, dass Regierungen nationale Interessen vertreten und dass das internationale System anarchistisch ist. Im Gegensatz zu jenen deuten die Institutionalistischen die Globalisierung als wichtige Rahmenbedingung der internationalen Politik. Sie erkennen in ihr eine Quelle problematischer Interdependenzen, denen die Staaten nur mit Kooperation begegnen können. Als problematische Interdependenz bezeichnen sie den Umstand, dass im Zuge der globalen arbeitsteiligen Verflechtung die Staaten immer häufiger – zum Beispiel in der Wirtschaft und im Klimaschutz – mit gemeinsamen Problemen konfrontiert sind, die keiner alleine lösen kann.

Das Flaggschiff unter den Ideen des Institutionalismus ist aber die «Theorie des demokratischen Friedens». Sie geht vom Befund aus, dass in der Geschichte der Menschheit noch nie Demokratien gegeneinander Krieg geführt haben. Erklärt wird dies damit, dass Demokratien nicht vom nationalen Interesse, sondern von divergierenden Nutzenoptimierungen ihrer Bürger und Organisationen gesteuert würden. Diese streben in reifen Demokratien nach Selbstverwirklichung, wozu, vor allem bei Unternehmen, auch eine Ausweitung des Aktionsradius über die nationalen Grenzen hinaus gehört. Dazu passt Krieg nicht; weder die Aussicht, auf dem Schlachtfeld zu sterben, noch jene, auf den Pfaden der wirtschaftlichen Expansion auf kriegszerstörte Landstriche zu stossen. Folgerichtig haben in Demokratien kooperative Formen der Aussenpolitik tendenziell mehr Chancen.



Quelle: Dep. of Peace and Conflict Research, University of Uppsala

Auch die Institutionalistischen unterstellen den Regierungen der Welt keine moralische Motivation zu kooperieren, sondern zweckrationales Abwägen im Sinne ihrer nationalen Interessen und ihres Bedürfnisses, wiedergewählt zu werden. Beidem ist mit Zusammenarbeit und Stärkung der internationalen Organisationen besser gedient als mit Alleingängen. Darum ist für den Institutionalismus die Entwicklung der europäischen Integration ein wichtiges Argument für die Richtigkeit seiner Thesen.

«Konstruktivismus» – Primat der Moral als gesellschaftliche Rolle

Die «Konstruktivistischen» spinnen den Faden der institutionalistischen Theorie weiter. Auch sie gehen davon aus, dass der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wachsende Club der Demokratien die Kooperation in der internationalen Politik fördert. Neben der zweckrationalen Motivation zur Kooperation im Rahmen des nationalen Interesses orten die Konstruktivistischen – im Gegensatz zu Realisten und Institutionalistischen – durchaus moralische Werte in der internationalen Politik. So regen sich unter den Bürgern hochentwickelter Demokratien, in denen die individuelle Sicherheit und Versorgung unproblematisch geworden ist, Bedürfnisse nach gesellschaftlichen Rollen

mit hoher Reputation, zum Beispiel in Form von moralischen oder moralisierenden Positionen. Daraus erklärt sich der rasante Aufstieg sogenannter «Advocacy groups», also Interessengruppen, die sich uneigennützig für Benachteiligte oder die Umwelt einsetzen. Einzelne «Advocacy groups» stellen mittlerweile ein so grosses Wählerpotenzial dar, dass sie Regierungen überzeugen können, ihre altruistischen Positionen in die Aussenpolitik zu integrieren.

Der Konstruktivismus kann in der Tat Vorgänge in der jüngeren internationalen Politik erklären, an denen der Realismus und der Institutionalismus scheitern: etwa die Schaffung und die internationale Finanzierung von UNO-Organisationen im Bereich der Menschenrechte und des Flüchtlingswesens, deren Aktivitäten nur sehr begrenzt den Interessen der mitfinanzierenden Staaten dienen. Doch auch hier mögen Zyniker einwenden, dass sich die Regierungen engagieren, nicht weil sie etwa nach Solidarität trachten, sondern weil sie von ihren moralisierenden Bürgern wieder gewählt werden wollen – die ihrerseits mit ihren moralisierenden Forderungen eher nach persönlicher Anerkennung streben als nach einer besseren Welt. ■

www.pcr.uu.se

Die Zahl der bewaffneten Konflikte nach Regionen von 1946 bis 2010: Seit dem Höhepunkt im Jahr 1992 hat sich ihre Zahl fast halbiert.

Hans Vogel ist Professor für Politikwissenschaft an der School of Management and Law